



24. April 2024

Die Entwicklung der Menschenrechte 2023 in Bangladesch

Auszug aus dem Jahresbericht

Die Regierung Bangladeschs hat im Vorfeld der für Januar 2024 angesetzten Parlamentswahlen ihr Vorgehen gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung verschärft. Die Behörden nutzten die Befugnisse des Gesetzes über digitale Sicherheit und anderer Gesetze, um Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen ins Visier zu nehmen und sie willkürlich zu inhaftieren und zu foltern. Es gab einen besorgniserregenden Anstieg des Verschwindenlassens und mangelnde Rechenschaftspflicht für Todesfälle in Gewahrsam. Sicherheit am Arbeitsplatz blieb für viele Arbeitnehmer*innen ein ferner Traum. Geflüchtete litten unter Obdachlosigkeit aufgrund eines Lagerbrandes und eines Wirbelsturms sowie unter Ernährungsunsicherheit. Die Rationen für Flüchtlinge wurden aufgrund der akuten Finanzierungslücke der UNO eingeschränkt. Bangladesch blieb extrem anfällig für Auswirkungen des Klimawandels.

HINTERGRUND

2023 war die Awami-Liga das 15. Jahr in Folge Regierungspartei in Bangladesch.

MEINUNGSFREIHEIT

Im September wurde der drakonische Digital Security Act (DSA) aufgehoben und durch den fast identischen Cyber Security Act (CSA) ersetzt.¹ Die Behörden hatten den DSA als Waffe eingesetzt, um Tausende Journalist*innen und Kritiker*innen zu bedrohen und zum Schweigen zu bringen. Das hat die Freiheit und das Recht auf Privatsphäre sowie die Meinungsfreiheit eingeschränkt. Der CSA behielt viele der repressiven Merkmale des DSA bei – sogar wortwörtlich alle bis auf zwei DSA-Straftaten, wenn auch mit einigen

Verkürzungen der Höchststrafen. Die weitreichenden Befugnisse für Verhaftungen und Ermittlungen wurden beibehalten.²

JOURNALIST*INNEN

Journalist*innen sahen sich inmitten einer sich verschärfenden Krise der Pressefreiheit und wachsender Nulltoleranz allgemein gegen abweichende Meinungen zunehmenden Angriffen und Strafverfolgungen ausgesetzt. Im April bezeichnete Premierministerin Sheikh Hasina Prothom Alo – die größte Tageszeitung des Landes – im Parlament als "Feind der Awami-Liga, der Demokratie und des Volkes von Bangladesch". Stunden später stürmte eine Gruppe von Personen das Büro der Zeitung in der Hauptstadt Dhaka, stieß Drohungen aus und zerstörte das Logo.³ Dies war eine Reaktion auf einen Artikel des Journalisten Shamsuzzaman Shams, der am 26. März, dem Unabhängigkeitstag, veröffentlicht worden war und über die Krise bei den Lebenshaltungskosten in Bangladesch berichtet hatte.

Am 29. März wurde Shamsuzzaman Shams willkürlich verhaftet und auf Grundlage des DSA inhaftiert, weil er "verleumderische, falsche und erfundene Informationen" veröffentlicht habe. Ihm wurde zunächst die Freilassung auf Kautions verweigert. Am 3. April kam er gegen Kautions frei, doch drohen ihm im Falle einer Verurteilung bis zu sieben Jahre Haft.

Im Juni wurde der Journalist Golam Rabbani von einer Gruppe mit Macheten und Stahlstangen bewaffneter Männer zu Tode geprügelt. Der Angriff ereignete sich nur wenige Stunden, nachdem ein örtliches Gericht eine Klage gegen Golam Rabbani auf Basis des DSA abgewiesen hatte. Angezeigt hatte ihn der damalige Vorsitzende des Union Council von Sadhurpara, der auch Mitglied der Regierungspartei war. Die Familie von Golam Rabbani gab an, er sei als Vergeltung für eine Reihe von Berichten getötet worden, die er über den Vorsitzenden verfasst hatte; dies hatte auch die Anzeige unter dem DSA ausgelöst.

FRAUEN UND MÄDCHEN

Der DSA wurde eingesetzt, um Personen mit Verbindungen zu kritischen bangladeschischen Stimmen im Ausland zu bestrafen. Im November kam Khadijatul Kubra, eine Studentin im zweiten Studienjahr, endlich auf Kautions frei, nachdem sie im Rahmen des DSA über 14 Monate in willkürlicher Untersuchungshaft verbracht hatte. Sie war im Zusammenhang mit kritischen Äußerungen gegen die Regierung von einer Gastrednerin während eines Webinars, das sie im Alter von 17 Jahren moderiert hatte, verhaftet worden. Khadijatul Kubra war wiederholt vom Obersten Gerichtshof die Freilassung auf Kautions verweigert worden mit der Begründung, sie müsse die Verantwortung für die in ihrer Talkshow geäußerten Ansichten übernehmen.⁴

Im August verhaftete und inhaftierte die Polizei willkürlich die 58-jährige Anisha Siddika unter dem Vorwurf der "Sabotage" gegen die Regierung auf Basis des autoritären Special Powers Act. Dies geschah drei Tage, nachdem der Sohn von Anisha Siddika, der in den USA lebt, einen Facebook-Post veröffentlicht hatte, in dem er die Regierungspartei kritisierte. In Polizeigewahrsam wurde Anisha Siddika befohlen, ihren Gesichtsschleier abzunehmen,

bevor die Polizei sie gewaltsam fotografierte und das Bild auf ihrer Facebook-Seite postete. Sie erklärte auch, dass ihr in der Haft zwölf Stunden lang Essen und die Möglichkeit des Gebets verweigert worden seien.⁵

MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER*INNEN

Im September verurteilte ein Cyber-Tribunal Adilur Rahman Khan und A.S.M. Nasiruddin Elan, Führer der Menschenrechtsorganisation Odhikar, zu zwei Jahren Haft gemäß Abschnitt 57 des drakonischen Informations- und Kommunikationstechnologiegengesetzes von 2006. Odhikar hatte einen Untersuchungsbericht veröffentlicht, der außergerichtliche Tötungen durch den Staat als Reaktion auf einen Protest im Jahr 2013 dokumentierte. Die beiden Männer hatten ein Jahrzehnt lang Verfolgung, Einschüchterung und Schikanen durch den Staat ertragen müssen und ihnen wurde ihr Recht auf ein faires Verfahren verweigert. Das unerbittliche Vorgehen des Staates gegen Odhikar und seiner Leitungsebene hat eine abschreckende Wirkung auf die Zivilgesellschaft, insbesondere auf diejenigen, die Menschenrechtsverletzungen dokumentieren.

FREIHEIT DER FRIEDLICHEN VERSAMMLUNG

Die Behörden gebrauchten das ganze Jahr über rechtswidrige Gewalt in Verbindung mit zahlreichen Verhaftungen, um die von der Opposition angeführten Proteste einzudämmen. Die Polizei setzte bei einem Sit-in am 29. Juli in Dhaka unrechtmäßig Gummigeschosse und Tränengas gegen weitgehend friedliche Demonstrant*innen ein. Vertreter der Strafverfolgungsbehörden schlugen in der Nähe eines Krankenhauses auf unbewaffnete Demonstrant*innen ein und feuerten Tränengas ab, während Beamte in Zivil rechtswidrige Gewalt gegen Demonstrant*innen anwandten.⁶ Im Vorfeld der Proteste am 28. Juli wurden mehr als 500 Oppositionsführer*innen und Aktivist*innen festgenommen. Die Polizei bestieg Busse, die nach Dhaka fuhren, und durchsuchte die Telefone der Menschen, um Personen daran zu hindern, an Kundgebungen der Opposition teilzunehmen.

Bei einem früheren Protest am 18. Juli setzten die Behörden scharfe Munition gegen Demonstrant*innen ein; dies führt zu mindestens einem Toten.⁷ Die Polizei leitete Verfahren gegen 12.000 namentlich nicht genannte und 1.036 namentlich genannte Oppositionelle in vierzehn Bezirken ein. Als sich die Proteste der Opposition verschärften, wurden zwischen dem 21. und 28. Oktober mindestens 1.727 Oppositionelle in Dhaka verhaftet, darunter der Generalsekretär der größten Oppositionspartei.

Im August wurden Mominul Islam Jishan und fünf weitere Anführer des Studentenflügels der größten Oppositionspartei von einer Gruppe Männer in Zivil, die sich als Mitglieder der Kriminalabteilung der Polizei ausgaben, aus der Wohnung von Mominul Islam Dishan abgeführt. Ihr Aufenthaltsort blieb über 24 Stunden lang unbekannt, bevor die Polizei der Presse mitteilte, dass die sechs Männer unter dem autoritären Special Powers Act und dem Waffengesetz festgehalten würden.

VERSCHWINDENLASSEN UND AUSSERGERICHTLICHE HINRICHTUNGEN

Odhikar schätzt, dass es im Jahr 2023 24 Fälle von außergerichtlichen Tötungen und 52 Fälle von Verschwindenlassen gab, verglichen mit 31 außergerichtlichen Tötungen und 21 Fällen des Verschwindenlassens im Jahr 2022.

Im Mai wurden Ikramul Haque, ein Madrasa-Lehrer, seine Frau Anika Faria und ihr sechs Monate alter Sohn vor ein Gericht in Dhaka gestellt, einen Monat nach ihrer Festnahme durch die Polizei in einem Anti-Terror-Fall. Ihre Familie teilte den Medien mit, dass ihr Aufenthaltsort in dieser Zeit unbekannt blieb. Die Polizei wies den Vorwurf des Verschwindenlassens zurück und beschuldigte das Paar, Rekrutierer der verbotenen militanten Gruppe Ansar-al-Islam zu sein.

FOLTER UND ANDERE MISSHANDLUNGEN

Bangladesch hat es versäumt, dem UN-Ausschuss gegen Folter seinen Bericht vorzulegen, der im August fällig war.

In den Medien wurde weiterhin mit alarmierender Häufigkeit über Todesfälle in Haft berichtet. Odhikar schätzt, dass in den ersten neun Monaten des Jahres mindestens 94 Menschen in Gefängnissen gestorben seien. Die Behörden haben es versäumt, eine unverzügliche, wirksame, unparteiische und unabhängige Untersuchung von Todesfällen in Gewahrsam zu gewährleisten.

Im März starb Sultana Jasmine, eine Regierungsangestellte, die im Rahmen des DSA inhaftiert war, im Gewahrsam an einer Hirnblutung. Der Oberste Gerichtshof ordnete die Bildung eines Untersuchungsausschusses an, um ihren Tod zu untersuchen, nachdem er Ungereimtheiten im offiziellen Obduktionsbericht festgestellt hatte. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Im Juni starb der Landwirt Ekramul Hossain in Polizeigewahrsam, nachdem er wegen Drogendelikten festgenommen worden war, obwohl bei ihm keine Drogen gefunden wurden. Seine Familie behauptete, die Polizei habe ihn in Gewahrsam gefoltert, weil die Familie nicht in der Lage war, das geforderte Bestechungsgeld zu zahlen. Die Polizei wies dies zurück und behauptete, dass Ekramul Hossain bei dem Versuch zu fliehen "gestolpert und gestürzt" sei.

Im Juli wies ein Gericht im nordwestlichen Bezirk Natore den Polizeipräsidenten an, fünf Polizisten strafrechtlich zu verfolgen, die beschuldigt werden, drei Männer gefoltert zu haben, um Geständnisse in einem Raubüberfall zu erpressen. Der Superintendent wies den Foltervorwurf zurück und auch in diesem Fall wurde behauptet, die Männer seien "gestürzt und hätten sich verletzt", als sie versuchten, der Polizei zu entkommen. Die Ermittlungsanordnung wurde später von einem höheren Gericht ausgesetzt, während zwei der der Folter beschuldigten Polizisten zehn Tage später von der Polizei von Natore als "beste Polizisten des Monats" ausgezeichnet wurden.

ARBEITNEHMER*INNENRECHTE

Im April 2023 jährte sich zum zehnten Mal der Einsturz des Rana Plaza-Gebäudes, bei dem mehr als 1100 Textilarbeiter*innen ums Leben kamen und Tausende verletzt wurden. Trotz der Reformen, die folgten, blieb die Arbeitssicherheit für viele Arbeitnehmer*innen ein ferner Traum. Die Safety and Rights Society schätzt, dass im Jahr 2023 mindestens 875 Beschäftigte bei 712 Arbeitsunfällen ums Leben kamen, was ein Anstieg gegenüber 712 Todesfällen im Jahr 2022 bedeutet.

Im Juni wurde der Vorsitzende der Bangladesh Garments and Industrial Workers' Federation von einer Gruppe bewaffneter Männer vor einer Fabrik zu Tode geprügelt, in der er im Namen der Arbeiter*innen in einem Konflikt um nicht gezahlte Löhne intervenierte.

Im Oktober und November wurden mindestens drei Beschäftigte bei Protesten im Zusammenhang mit dem nationalen Mindestlohn für Beschäftigte in der Bekleidungsindustrie (RMG) durch Sicherheitskräfte getötet. Die RMG-Beschäftigten forderten eine Erhöhung ihres Monatslohns von 8000 BDT (74 USD) auf mindestens 23.000 BDT (212 USD). Im November kündigte die Regierung an, dass der Mindestlohn auf nur 12.500 BDT (114 USD) angehoben werden soll.

Im November änderte die Regierung das Arbeitsgesetz, um den Mutterschaftsurlaub von 112 Tagen auf 120 Tage zu erhöhen und die Zahl der Unterschriften der Beschäftigten für die Gründung von Gewerkschaften zu senken. Arbeitnehmerrechtsgruppen forderten die Rücknahme des im Parlament eingebrachten Gesetzes über wesentliche Dienstleistungen. Das vorgeschlagene Gesetz würde Arbeitskämpfmaßnahmen von Beschäftigten – wie Proteste – in jedem Sektor, der von der Regierung als "wesentlich" eingestuft wird, rechtswidrig machen.

Die Behörden setzten das Arbeitsrecht als Waffe ein, um ein Strafverfahren gegen den 83-jährigen Nobelpreisträger Mohammad Yunus und drei seiner Kollegen bei Grameen Telecom wegen angeblicher Nichteinhaltung des Arbeitsgesetzes von 2006 einzuleiten. Der laufende Prozess verlief ungewöhnlich schnell und war einer von mehr als 150 Fällen, die seit der Machtübernahme der Awami League im Jahr 2008 gegen Mohammad Yunus eingereicht wurden, wobei die Premierministerin Sheikh Hasina ihn bei vielen Gelegenheiten öffentlich verunglimpfte.⁸

RECHTE VON GEFLÜCHTETEN UND MIGRANT*INNEN

Bangladesch hat im sechsten Jahr in Folge mehr als eine Million Rohingya-Flüchtlinge aufgenommen, die in Lagern unter schlechten Bedingungen leben.

Im März zerstörte ein verheerendes Feuer rund 2000 Unterkünfte und machte rund 12.000 Rohingya-Flüchtlinge obdachlos.⁹ Im Mai zerstörte der Zyklon Mocha, der durch den Klimawandel noch verschlimmert wurde, die Infrastruktur der Lager und die Wohngebäude. Im Juni gaben die Vereinten Nationen bekannt, dass ein akutes Finanzierungsdefizit das Welternährungsprogramm dazu gezwungen hat, die monatlichen Rationen für die Flüchtlinge von zwölf auf acht US-Dollar weiter zu kürzen. Tage später protestierten Zehntausende Rohingya-Flüchtlinge in Bangladesch und forderten ihre Rückführung nach Myanmar.

⁸

Der UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechtslage in Myanmar forderte Bangladesch auf, sein Pilotprojekt zur Rückführung von Flüchtlingen auszusetzen.

Im Juli besuchte ein Ankläger des IStGH die Lager, um Zeugenaussagen von Flüchtlingen zu sammeln, um die Ermittlungen des Gerichts gegen das myanmarische Militär wegen Völkermordes zu unterstützen. Mohammad Ebadullah, ein junger Leiter eines Flüchtlingslagers, der Flüchtlinge als Zeugen zusammenstellte, wurde erstochen, kurz bevor der Ankläger des IStGH in den Lagern eintraf. Sechs weitere Flüchtlinge wurden am Tag nach seinem Besuch getötet. Während der Ankläger des IStGH gegenüber der Presse erklärte, dass diese Tötungen in keinem Zusammenhang mit den Ermittlungen des Gerichts stünden, unterstrichen sie die sich verschlechternde Sicherheitslage in den Lagern.

Positiv zu vermerken ist, dass UNICEF im Juli bekannt gab, dass für das Schuljahr 2023/24 eine Rekordzahl von 300.000 Rohingya-Flüchtlingskindern eingeschrieben wurde.

ANMERKUNGEN

1. ["Bangladesh: Government must remove draconian provisions from the Draft Cyber Security Act", 31. August](#)
2. ["Bangladesh: Open letter to the government: Feedback on proposed "Cyber Security Act", 22. August](#)
3. ["Bangladesh: Increasing intimidation and harassment of Prothom Alo signals deepening crisis of press freedom in the country", 12. April](#)
4. ["Student detained for a year for hosting webinar: Khadijatul Kubra", 25. August](#)
5. ["Bangladesh: Woman arrested after her son's Facebook post must be immediately released", 23. August](#)
6. ["Bangladesh: Unlawful use of force against protesters must end immediately", 4. August](#)
7. ["Bangladesh: Authorities must exercise restraint in use of force to police protests", 19. Juli](#)
8. ["Bangladesh: Stop weaponizing labour law to harass Nobel Laureate Mohammad Yunus", 18. September](#)
9. ["Bangladesh: Urgent emergency measures must aid all impacted by fire in Rohingya Refugee camps", 6. März](#)

Link

zum Regionalkapitel Asien und Pazifik 2023 im Amnesty-Jahresbericht 2023:

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/regionalkapitel-asien-pazifik-2023>